

ZEITSCHRIFTEN-SPIEGEL

Wahnsinn des Wettrüstens

In der Februarausgabe der vom DGB herausgegebenen Zeitschrift *Der Deutsche Beamte* veröffentlicht *Günter Fehl* eine außerordentlich gründliche Analyse der Belastung des Budgets der Bundesrepublik Deutschland durch die Aufrüstung. Diese Untersuchung hat aus zwei Gründen besondere Bedeutung: einerseits, weil in Zukunft laut Beschluß des Westdeutschen Verteidigungsausschusses der Aufwand für die Rüstungen nur noch in großen Globalsummen ausgewiesen werden soll, „um damit einen höheren Geheimhaltungsschutz zu erreichen“ — so daß dann also eine exakte Durchleuchtung der Rüstungsausgaben gar nicht mehr möglich sein wird. Andererseits auch deshalb, weil die westdeutschen Rüstungsausgaben ein Beispiel für den volkswirtschaftlichen Wahnsinn des allgemeinen Wettrüstens sind; mit Recht betont Pehl: „Oberall in der Welt werden heute

Riesenbeträge für Zerstörungsmittel ausgegeben, die nach wenigen Jahren bereits veraltet sind und durch moderne und noch teurere Waffen ersetzt werden. Der Wettstreit um die größtmögliche Vergeudung volkswirtschaftlicher Produktivkräfte ist in vollem Gange. Nicht zuletzt deshalb sollte jede Möglichkeit begrüßt werden, die zu einer politischen Entspannung und allgemeinen Abrüstung führen kann.“

Pehl konstatiert zunächst, daß seit Beginn der Aufstellung der Bundeswehr (1955) mehr als 25 Md. DM für die Bundeswehr ausgegeben wurden. In den folgenden Jahren werden es jährlich mehr als 10 Milliarden sein; allein die Aufwendungen für die bis jetzt vorgesehenen Beschaffungs- und Bauprogramme werden rund 45 Md. DM betragen. Außerdem ist noch offen, wieviel die Ausrüstung der Bundeswehr mit Raketen und atomarem Gerät insgesamt kosten wird:

„Im vergangenen Jahr ist mit der Aufstellung der ersten Raketeneinheiten begonnen worden. Das ist ein Schritt, der nicht nur politisch

gefährlich werden, sondern auch finanziell ins Uferlose führen kann.“

Sehr anschaulich zeigt Günter Pehl an einzelnen Beispielen, wie kostspielig modernes Rüstungsgerät ist. Ein Schützenpanzerwagen kostet ungefähr 250 000 DM — die Bundeswehr benötigt davon 5000 bis 6000! Ein Panzer kostet über 500 000 DM — der Bedarf der Bundeswehr liegt zwischen 2000 und 3000 Stück! Jedes der im Bau befindlichen 6 Geleitboote kostet 50 Mill. DM, jedes der 40 Schnellboote 7 Mill. DM, jedes der 12 bestellten U-Boote etwa 17 Mill. DM, jedes der 630 bewilligten Jagdflugzeuge 5,73 Mill. DM usw. Besonders einleuchtend sind die Gegenüberstellungen, die Pehl macht: ein Panzer kostet 500 000 DM, eine Wohnung nur 26000 DM — aber es fehlen immer noch Millionen Wohnungen! Ein Zerstörer kostet 100 Mill. DM, für 16 Mill. DM kann man ein Krankenhaus bauen — aber für Zehntausende von Kranken fehlen die Betten. Man muß sich immer wieder fragen, wie die Bundesrepublik oder irgendein anderes Land den dringenden sozialen Verpflichtungen nachkommen will, solange dieses Wettüben anhält und sich automatisch immer weiter steigert.

In diesem Zusammenhang sei eine Notiz aus der *Allgemeinen Deutschen Lehrerzeitung* (Nr. 4, 15. Februar 1960) zitiert: „Prof. Dr. Hans Wenke erklärte, es fehlten heute in der Bundesrepublik 63 000 Klassenräume. 53 000 Lehrer fehlen, wenn die Schulen modernisiert, der Schichtunterricht fortgefallen, die Klassenstärken herabgesetzt und das neunte und zehnte Schuljahr eingeführt worden sind. Ein moderner Ausbau der Schulen in der Bundesrepublik würde 10 Md. DM kosten.“ Mit anderen Worten: mit dem Mindestbetrag, den in einem einzigen Jahr die Bundeswehr verschlingt, könnte das Schulwesen der Bundesrepublik auf den heute erforderlichen Stand gebracht werden. Kommentar überflüssig.

Englische Stimmen zum Rüstungsproblem

Die sozialistisch orientierte britische Vierteljahrschrift *The Political Quarterly* hat wieder ein ganzes Heft (1/1960) einem einzelnen Problem, dem der britischen Verteidigungspolitik, gewidmet.

Hugh Thomas, der Sekretär der britischen Delegation im Abrüstungsunterausschuß der UN in den Jahren 1954 bis 1956, setzt sich in seinem Beitrag dafür ein, sowohl den Abrüstungsvorschlag *Chrusterschows* als den *Selwyn Lloyds* vom September 1959 zur Grundlage für weitere Verhandlungen zu nehmen.

Der Schriftsteller *Richard Goold-Adams*, Vorsitzender des britischen Atlantikausschusses, vertritt die Meinung, daß die bisherigen sogenannten herkömmlichen Waffen nicht überflüssig geworden seien. Die Zahl von drei britischen Divisionen am Kontinent dürfe nicht

vermindert werden. Die bisherige Ausrüstung der britischen Kräfte wird von *Goold-Adams* im Vergleich zur raschen Modernisierung der Sowjettruppen in der deutschen Sowjetzone als ungenügend bezeichnet.

Der Abgeordnete *Denis Healey*, einer der führenden außenpolitischen Fachleute der Labour Party, erklärt in seinem Beitrag „Gegenseitige Abhängigkeit“, daß die jüngste Entwicklung der Kernwaffen und der Aufstieg der Sowjetunion zu einer erstklassigen Atommacht die strategische Unabhängigkeit der mittleren Mächte wie Großbritannien aufgehoben hat. Länder wie Schweden, Schweiz und Jugoslawien, die eine formelle Neutralität aufrechterhalten, seien in Wirklichkeit von der Existenz eines westlichen Gegengewichts gegenüber der Macht der Sowjetunion abhängig. Die steigenden Kosten der Kernwaffen und der Forschung seien ein ebenso starkes Argument für engere Zusammenarbeit, wie die strategischen Erwägungen. Man sollte annehmen, daß die Koordinierung der gemeinsamen Interessen im Rahmen der NATO eine Selbstverständlichkeit sei, aber in Wirklichkeit habe die NATO auf diesem Gebiet nur wenig geleistet; in der Frage der Kernwaffen fehle eine engere Zusammenarbeit. Infolgedessen komme es zu überflüssigen und kostspieligen Duplizitäten. *Healey* glaubt, daß der Sowjetblock mit geringeren Mitteln mehr geleistet hat als die Natostaaten und sie in Qualität und Quantität sogar auf den meisten Gebieten der Atomwaffen schon übertroffen habe. Gegenseitige Abhängigkeit zwischen den Natomitgliedsstaaten sei die beste Lösung und die erste Voraussetzung zu Verhandlungen mit Rußland.

A. Lay, Dozent an der „London School of Economics“, befaßt sich mit der volkswirtschaftlichen Seite der Verteidigung. Großbritannien habe seit 1950 einen größeren Teil seines Nationaleinkommens für sie aufgewandt als die anderen europäischen Länder, mit Ausnahme Frankreichs. Die Ergebnisse seien für Großbritannien in keinem Verhältnis zu den aufgewandten Mitteln. Großbritannien dürfe in Zukunft nur soviel für Verteidigungszwecke aufwenden, als seiner wirtschaftlichen Position entspricht.

Existenzprobleme der Demokratie

Sehr anregende Betrachtungen über Existenzprobleme der heutigen Demokratie stellt Prof. *Eugen Kogon* in einem Aufsatz an, den wir in Nr. 2 der Monatsschrift *Atomzeitalter* (Meckenheim bei Bonn, Hauptstr. 22) lesen. Wir zitieren zunächst den Anfang:

„Niemand war es für unsere Existenz wichtiger, Bescheid zu wissen. Worüber Bescheid? Über die Zusammenhänge der Macht und die Möglichkeiten, sie zu kontrollieren. Warum? Weil niemals bis heute die Welt, hierzulande und überall, so sehr auf die Richtigkeit der

Hauptmaßnahmen der Hauptakteure angewiesen war, vor allem in der Wirtschaft und in der Staatspolitik. Es ist Sache des Bürgers, diese Kontrolle auf Grund von Einsicht zu bewirken.

Inniten der industriewirtschaftlich organisierten Gesellschaft klingt das wie eine Utopie, obgleich die Forderung eine Selbstverständlichkeit der Demokratie sein müßte. Aber wer durchschaut denn noch die Probleme? Industriewirtschaftlich heißt ja: durchgehend arbeitsteilig, in den Abläufen von oben bis unten, von den Anfängen bis zum fertigen Leistungsergebnis arbeitskollektiv; heißt ferner: aufs intensivste wechselseitig voneinander abhängig, großräumig-international und bevölkerungsstark; heißt schließlich: an vielen Punkten machtkonzentriert. Wie verfassungsmächtig sind demgegenüber realiter die Parlamente? Wie kontrollstark die öffentliche Meinung? Und kann der einzelne, ernstlich, überhaupt noch etwas ausrichten?“

Dann stellt Kogon fest: „Die Demokratie ist als das menschlichste aller Systeme gedacht — jedermann als Person und als zur vollen Freiheit entwickelbar anerkannt.“ Aber die meisten Menschen sind skeptisch: „Was könnte denn schon ich in dem komplizierten Getriebe bewirken?“, sagt beinahe jeder. Kogon wendet sich mit seinem Aufsatz gegen diese Skepsis und fährt dann fort:

„Der Raum der souveränen Meinung, die sich nur dem humanen Fortschritt verpflichtet, wird in der ‚verwalteten Welt‘ seltener und enger. Die internationalen, die weltpolitischen Gegensätze tun da ein übriges. Die beliebte Freund-Feind-Dialektik, bei uns wieder mächtig angefacht durch *William S. Schlamm.*, bringt mit verstärktem Mißtrauen verschärfte Vereinfachungen hervor, die es erlauben, einem der ärgsten Übel unserer Zeit zu fröhnen: der Aufstellung falscher Alternativen. (So eine ist ‚Lieber tot als rot‘ - oder umgekehrt —; als ob es nicht vielmehr darauf ankäme, weder das eine noch das andere — im gemeinten bolschewistischen Sinne — zu werden, so daß nur die dritte und fernere Möglichkeit jeweils den neuen Weg eröffnet.) An der Schwäche, unter zwei Parolen stets der einfacheren folgen zu wollen, um vermeintlich den Komplikationen der Wirklichkeit zu entgehen, merkt man, wie jung die Demokratie in den Köpfen noch ist und wie zerbrechlich. Nichts gegen Formeln, die einen schwierigen Tatbestand auf einen allgemein verständlichen Nenner bringen — nur richtig müssen sie sein, das heißt geeignet, den Nachdenkenden die volle Wahrheit finden zu lassen, und nicht, sie ihm billig zu verschleiern. Das Nachdenken auf Grund von Beobachtungen und Vergleichen ist die wesentliche Bedingung, deren die Systeme der Freiheit nicht entraten können ... Es braucht durchaus nicht immer diktatorischer Mittel, der Freiheit den Atem zu nehmen; wenn uns das tiefe Atem-

holen in Freiheit nicht zur alltäglichen Übung geworden ist, werden uns drei Prozent Schlaumeier und weniger, sind sie nur zielbewußt und zäh, in jeder wichtigen Sache ihren Willen auferlegen, und wir merken es nicht einmal...“ Kogon zeigt dann konkret, wie, trotz allen Schwierigkeiten, der Versuch unternommen werden muß, „die wohlbegründete eigene Meinung, die auch geäußert wird“ als Voraussetzung für Freiheit und Demokratie zu entwickeln. In diesem Prozeß komme den Intellektuellen eine besondere Rolle zu: „Sie haben mehr Zugang zu Informationsmöglichkeiten, und viele von ihnen sind kritisch geschult (alle sollten es sein) ... Ingesamt sind die Geistigen durchaus eine Macht. Sie müssen nur trotz allen Abhängigkeiten und mancherlei Verlockungen ihre Überlegenheit bewahren, um die eigentliche gesellschaftliche Funktion, die ihnen zukommt, ausüben zu können: mit dem Lichte der geschulten Vernunft, die human orientiert ist, der Entwicklung der Demokratie voranzuleuchten, ihren offenen und ihren geheimen Gegnern keine Möglichkeit der Verdunklung, der Verwirrung, der Resignation und der Ubertölpelung zu lassen.“

Hinweise

Freies Algerien heißt eine kleine Monatschrift, die bereits im dritten Jahrgang vom Arbeitskreis der Freunde Algeriens (Köln 1, Postfach 302) in deutscher Sprache herausgegeben wird. Diese Publikation vermittelt laufend die wichtigsten Dokumente der provisorischen Regierung der Algerischen Republik, sowie Dokumente über die in Algerien praktizierten Foltermethoden (u. a. nach dem Bericht des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes) und Entschließungen des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften über Algerien. Ferner wird in Artikeln die Situation vom Standpunkt der Nationalen Befreiungsfront aus dargestellt.

Sehr selten erfahren wir Konkretes über die Verhältnisse in Jordanien. Um so nachdrücklicher sei auf einen sehr anschaulichen und lebendigen Bericht über das heutige Jordanien hingewiesen, den *Johann Caspar* im Märzheft der Zeitschrift *Atlantis* veröffentlicht. Im gleichen Heft schreibt *Arnold Hottinger*, ein Schweizer, der seit langem im Nahen Osten lebt, über das Thema „Islam, Nationalismus und Materialismus“ und *Ivonne von Schweinitz-Kanitz* veröffentlicht Tagebuchskizzen aus Afghanistan. Alle Beiträge sind, wie bei *Atlantis* üblich, mit hervorragenden Fotos illustriert. Im gleichen Heft liest man eine Betrachtung über „Das Ende des Potsdamer Stadtschlusses“ mit 16 Aufnahmen von *Martin Hürlimann* und einen gleichfalls reich illustrierten Aufsatz über Bethel unter dem Titel „Eine Stadt für Kranke“ von Pastor *von Bodelschwingh*. W. F.